

ren mit den BSK-3-Kokillen verwandt, um die Strahlenbelastung des Personals zu minimieren, erfuhren die Seminarteilnehmer. Auf ein Zerschneiden der Brennstäbe würde verzichtet, diese würden in voller Länge im Salzgestein eingelagert – am Ende behälterlos.

Die Barriere Deckgebirge hat bei der Endlagersuche eine wichtige Funktion. Der Hannoveraner Geologe Dr. Detlef Appel unterstrich, daß das Deckgebirge über dem Salzstock Gorleben keinen zuverlässigen Rückhalt gebe, wenn radioaktiv belastete Lauge über Wasserwegsamkeiten aus dem geplanten Endlager in die Biosphäre ausgepreßt würden. Das mögliche Zusammenspiel von wasserführenden Zonen, insbesondere dem Hauptanhydrit, in genau den Tiefen, in denen hochradioaktiver Müll im Salz versenkt werden soll, mit wasserleitenden Schichten im „desolaten Deckgebirge“, sei ein großes Manko des Salzstocks. „Aus meiner geowissenschaftlichen Sicht ist Gorleben nicht eignungshöflich“, warnte Appel. Dazu käme, daß es noch keine vergleichende Untersuchung verschiedener Standorte gegeben habe, das Auswahlverfahren Gorleben sei nicht nachvollziehbar. Appel: „Es gibt keine Verfahrensgerechtigkeit“.

Die Havarien der Atommüllendlager Asse II und in Morsleben – dort bricht Wasser ein – und das Aufweichen der Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung radioaktiver Abfälle bestimmten die Debatte unter den 60 Seminarteilnehmern und Teilnehmerinnen. „Der Verzicht auf zwei von vier Sicherheitsbarrieren ist, wenn Lehren aus Asse II und Morsleben gezogen werden, ein Vabanquespiel“, resümiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). „In die Asse bricht Lauge, in Gorleben brechen die Sicherheitsbarrieren ein.“ Die Debatte um Sicherheitskriterien

bei der Endlagersuche werde man auf dem Symposium Ende Oktober 2008, zu dem der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel verschiedene Akteure einlädt, argumentativ und demonstrativ führen. „Wir wollen dafür sorgen, daß Gorleben mit Ablauf des Moratoriums endgültig aufgegeben wird“, so ein BI-Sprecher.

Wolfgang Ehmke ●

Atommüll-Lager

Hochaktiver Atommüll im Lager Asse II

Das vom Helmholtz-Zentrum München (vormals GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit GmbH) als Betreiber des mit Wassereintrüben kämpfenden Forschungsendlagers Asse II bei Wolfenbüttel vorgelegte Anlieferkataster weist nach Angaben der Grünen in Niedersachsen auch die Einlagerung von hoch radioaktiven Müll aus. Bisher war von lediglich schwach- und mittelradioaktiven Abfällen gesprochen worden. Demnach wird in einer Begleitliste Abfall als „Brennstäbe in Blechdosen“ bezeichnet. Das in dem betreffenden Faß befindliche Uran und Plutonium sei sehr hoch angereichert, erklärte Fraktionschef Stefan Wenzel am 30. Juli 2008 in Hannover, „deutlich mehr, als bisher vermutet“. In dieser Menge sei das „ganz eindeutig Kernbrennstoff“. Auch nach Angaben der SPD befinden sich im Lager Asse „offenkundig nun doch Kernbrennstoffe“. Das erklärte die umweltpolitische Sprecherin der SPD, Petra Emmerich-Kopatsch. Wie aus den Listen der Helmholtz-Gesellschaft hervorgehe, befinden sich in den Fässern offenbar auch strahlender Müll aus den USA und Großbritannien. ●

Personalien

Eine neue Entsorgungskommission ESK fürs BMU

Sicherheitstechnische Fragestellungen der Entsorgung wurden bisher in einem Ausschuß der Reaktorsicherheitskommission (RSK) behandelt. Wegen der zunehmenden Bedeutung dieser Fragen, so das Bundesumweltministerium (BMU) in einer Mitteilung vom 30. Juni 2008, habe Bundesumweltminister Gabriel entschieden, die Entsorgungsfragen in einer eigenständigen Kommission beraten zu lassen. Sie soll sein Ministerium in den Angelegenheiten der nuklearen Entsorgung wie Konditionierung, Zwischenlagerung, und Transporten radioaktiver Stoffe und Abfälle, der Stilllegung und dem Rückbau kerntechnischer Einrichtungen sowie der Endlagerung in tiefen geologischen Formationen beraten. Eine der aktuell dringendsten Aufgaben der ESK soll die Beratung des Bundesumweltministeriums bei sicherheitstechnischen Fragestellungen sein, welche die Stilllegung der Schachanlage Asse betreffen.

11 Personen aus dem In- und Ausland wurden am 12. Juni 2008 in die neue Kommission berufen, die sich am 30. Juni 2008 zu ihrer konstituierenden Sitzung trafen:

Dr. Detlef Appel, PanGeo – geowissenschaftliches Büro GbR, Hannover, Dipl.-Ing. Holger Bröskamp, Sprecher der Geschäftsführung der GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH, Essen, Dr. Heinz-Walter Drotloff, Abteilungsleiter Strahlenschutz und Entsorgung des TÜV NORD EnSys, Hannover, Prof. Dr. Gerhard Jentzsch, Inhaber des Lehrstuhls für Angewandte Geophysik des

Instituts für Geowissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Dipl.-Ing. (BA) Beate Kallenbach-Herbert, Gruppenleiterin Entsorgung und Rückbau des Öko-Instituts e.V., Darmstadt, Dr. Horst Pitterich, Leiter des Projektbereichs Entsorgung des Projektträgers Wassertechnologie und Entsorgung (PTKA-WTE) im Forschungszentrum Karlsruhe GmbH, Eggenstein-Leopoldshafen, Dr. Meinert Rahn, Leiter der Sektion Geologische Tiefenlagerung der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen, Villigen-HSK, Schweiz,

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Röhlig, Professor für Endlager-systeme im Institut für Endlagerforschung der Technischen Universität Clausthal, Clausthal-Zellerfeld, Dipl.-Ing. Dieter Rittscher, Vorsitzender der Geschäftsführung der Energiewerke Nord GmbH, Lubmin, Arsène Saas, Manosque, Frankreich und Dipl.-Ing. Michael Sailer, stellvertretender Geschäftsführer des Öko-Instituts e. V. und Koordinator des Fachbereichs Nukleartechnik und Anlagensicherheit, Darmstadt.

Zum Vorsitzenden der ESK bestellte das BMU Michael Sailer und zum stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Klaus-Jürgen Röhlig.

Die Mitglieder der Kommission sollen unabhängig und nicht an Weisungen gebunden sein und internationale Erfahrungen und Vorgehensweisen sollen in die Arbeit der Kommission einbezogen werden. Deshalb seien auch ein Mitglied der französischen Groupe Permanent Chargé des Déchets (GPD, Ständiges Entsorgungsgremium), die die französische Autorité de Sûreté Nucléaire (ASN, Nukleare Sicherheitsbehörde) berät, und ein Mitarbeiter der schweizerischen Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) in das Gremium berufen worden. ●